

Migrationsfamilien in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland

Ursula Boos-Nünning¹

Auf einen Blick

Das Armutsrisiko von Migrationsfamilien ist größer als von einheimischen deutschen Familien. Sie wohnen häufiger in Wohngebieten mit sozialräumlichen Defiziten und es überwiegen innerethnische Kontakte. Entgegen dem Stereotyp einer autoritären Migrationsfamilie wollen viele Frauen mit Migrationshintergrund in ihren Lebensentwürfen Beruf und Familie verbinden. Die Migrationsfamilien haben ihre Zukunft auf Deutschland ausgerichtet. Sie haben großes Interesse, dass die Söhne und Töchter schulischen und beruflichen Erfolg in Deutschland haben. Es fehlt nach wie vor an methodisch tragfähigen Untersuchungen zum Ausmaß der Gewaltpotenziale in Migrationsfamilien und zur Zahl von Zwangsverheiratungen. Die Migrationsfamilien werden von den Angeboten der Jugend- und Familienhilfe nur unzureichend erreicht.

Zur Forschungslage

Einerseits hat sich der Forschungsstand über Migrationsfamilien in den letzten Jahren deutlich verbessert (durch Einbeziehung des Merkmals Migration in Familien- und Gesundheitssurveys), andererseits fehlen in vielen Bereichen spezifische Daten vor allem, wenn Unterschiede nach nationalem/ethnischem Migrationshintergrund dargestellt werden sollen. Dabei wird der Blick seit langem auf die Familien gerichtet, die Integrationsleistungen erbringen sollen, etwa indem sie dafür Sorge tragen, dass die Kinder die deutsche Sprache lernen, an Bildung teilhaben können und so sozialisiert werden, dass sie in Deutschland angepasst und unauffällig leben, nicht aber kriminell oder gewalttätig werden. Nicht selten wird aber registriert, dass die Migrationsfamilien durch die Angebote an Beratung und Hilfe teilweise nicht erreicht werden.

Aspekte der Lebenssituation

Migrationsfamilien sind häufiger als einheimische deutsche Familien von Armut betroffen. Über die Ursachen besteht weitgehend Konsens: Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund, gleich ob sie der Grup-

pe der im Rahmen der Arbeitsmigration Zugewanderten einschließlich deren Kinder und nunmehr Kindeskinde, der Gruppe der Flüchtlinge oder der der Ausgesiedelten angehören, sind häufiger als die einheimische Bevölkerung arbeitslos. Als Personen, die im Durchschnitt über eine geringere Schulbildung verfügen und im Ungelerntensegment tätig sind, tragen sie ein deutlich höheres Arbeitsplatzrisiko. Migrationsfamilien sind zweitens zurzeit noch überproportional in der Gruppe der kinderreichen Haushalte (drei und mehr Kinder) vertreten. Das Armutsrisiko von Familien steigt mit zunehmender Kinderzahl an.

Migrationsfamilien leben überwiegend in Ballungsgebieten und hier wohnen sie konzentriert in bestimmten Quartieren. Sie leben selten in einem deutschen Umfeld, allerdings auch selten in einem ethnischen Milieu. Ein erheblicher Teil von ihnen lebt in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund verschiedener Herkunft und einheimisch deutschen Bewohnern und Bewohnerinnen der unteren sozialen Schichten. Häufig sind gerade die Wohngebiete mit hohen Einwandereranteilen von sozialräumlichen Defiziten bestimmt. Die Nachteile des Aufwachsens von Kindern in sozial vernachlässigten Regionen, sei es im „sozialen Brennpunkt“, sei es im ethnischen Milieu, können nicht hoch genug veranschlagt werden. Die räumliche Konzentration von Armut wirkt sich im Stadtteil und hinsichtlich seiner Einrichtungen aus: auf die Kindertagesstätten, auf die Qualität der Schulen sowie der Kinder- und Jugendzentren. Stets – auch bei informellen Treffen – sind die benachteiligten Gruppen unter sich. Die multikulturelle Stadtgesellschaft mobilisiert sicherlich auch Kräfte und ihre Bewohner und Bewohnerinnen bringen Stärken und Kompetenzen ein, aber sie bedarf zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten politischer Unterstützung, vor allem in der Zurverfügungstellung von Ressourcen im Bildungsbereich. Unter den heutigen Bedingungen führt das Aufwachsen in benachteiligten Quartieren häufig zu Bildungsbenachteiligung und darüber zu lebenslanger beruflicher Ausgrenzung und zu Armut. In Schulen, die in benachteiligten Stadtteilen liegen, sind das Lerntempo und die Bildungsqualität geringer. Eingeschränkte Bil-

dungschancen der Kinder machen Armut sozial vererbbar.

In der öffentlichen Diskussion wird den Migrationsfamilien nicht selten vorgeworfen, sie würden sich abschotten, worunter verstanden wird, dass sie keine Kontakte zu einheimisch deutschen Familien pflegen und – so wird unterstellt – pflegen wollen. Richtig ist, dass interethnische Freundschaften und über den beruflichen Bereich hinausgehende Kontakte relativ selten sind. Es überwiegen innerethnische Kontakte. Kontakte zu Personen und Familien der Majorität werden als soziale Integration bewertet, während umgekehrt das Fehlen interethnischer Kontakte bei gleichzeitiger Beibehaltung der Kontakte zu Angehörigen der Herkunftsgesellschaft als „ethnische Segmentierung“ oder als „ethnische Selbstabgrenzung“ eingeordnet wird. Bei der empirischen Prüfung dieser Hypothese sind folgende Punkte zu berücksichtigen: Migrationsfamilien erfahren seit Beginn der Einwanderung und bis heute Einschränkungen bei der Wohnungssuche, ein Teil der einheimisch deutschen Kollegen und Kolleginnen, Nachbarn usw. ist nicht an über berufliche oder nachbarschaftliche Kontakte hinausgehenden Beziehungen mit Migrationsfamilien interessiert und private Kontakte werden von allen Familien und Personen selektiv gepflegt. Wesentlicher als die Kontaktfrage ist der Sachverhalt, dass Familien wie auch Personen mit Migrationshintergrund sich im öffentlichen und halböffentlichen Bereich in getrennten „Szenen“ bewegen: bei kulturellen, sportlichen und politischen Veranstaltungen, in Vereinen und Verbänden findet eine Trennung statt.

Zur Familienstruktur

Schon in den Herkunftsländern haben ein erheblicher Teil der eingewanderten Familien (die Eltern oder Großeltern der heute in Deutschland aufwachsenden Kinder und Jugendlichen) in Kernfamilien gelebt. Die Zahl der Kinder pro Migrationsfamilie hat sich der einheimisch deutscher Familien nahezu angepasst. Da aber die Zahl der kinderlosen Frauen geringer ist, steigt die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass eine

Anpassung an kulturelle Muster bei einem erheblichen Teil der eingewanderten Familien nicht erfolgt ist.

Zu berücksichtigen sind ferner die Heiratsmuster eines Teils der jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Ein nicht unerheblicher Teil der jungen Frauen und der jungen Männer mit Migrationshintergrund heiratet einen Partner oder eine Partnerin aus dem Herkunftsland. Genaue Zahlen liegen nicht vor.

Aus Berichten von Beratungsstellen und Migrantenorganisationen wird deutlich, dass Trennung und Scheidung auch bei den Migrationsfamilien angekommen sind; die Scheidungsquote von Paaren mit türkischem Migrationshintergrund liegt nach dem Mikrozensus 2005 bei 4,3 Prozent (bei sieben Prozent in der Gesamtbevölkerung). Die Frage der Bewältigung von Scheidung und Scheidungsfolgen sind bisher kaum erforscht und in der Praxis diskutiert.

Autoritätsstruktur und familiäre Bindung

Das vielfach öffentlich vertretene Bild von einer autoritären Migrationsfamilie, in der die Frauen eine untergeordnete Position einnehmen, entspricht nicht den Forschungen. Viele junge Frauen mit Migrationshintergrund haben eine „moderne“ Auffassung von einer geschlechtsspezifischen Rollenverteilung hinsichtlich der außerhäuslichen Berufstätigkeit und der Kinderbetreuung. Ein erheblicher Teil der jungen Frauen entspricht dem Bild einer Frau, die Beruf und Familie verbinden möchte.

Ein erheblicher Teil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist familialistisch orientiert, das bedeutet mehr als an die Familie gebunden zu sein. Im Familialismus ist der Mensch von Geburt an in starke, durch größere verwandtschaftlich miteinander verbundene Wir-Gruppen integriert, die ihn ein Leben lang schützen und dafür Loyalität verlangen. Untersuchungen haben ergeben, dass die in einer tendenziell individualistischen Gesellschaft wie Deutschland von einem Teil der Zugewanderten gepflegten kollektivistischen bzw. familialistischen Orien-

tierungen nicht darauf beruhen, dass hier ein unhinterfragtes Relikt einer vormodernen Kultur gepflegt wird, sondern eng verbunden sind mit Erfahrungen der Verunsicherung, Marginalisierung und Diskriminierung in der Migrationssituation.

Orientierungen in Migrationsfamilien

Durch Untersuchungen wird belegt, dass bestimmte den Migrationsfamilien zugeschriebene Orientierungen nicht zutreffen:

- So ist es nicht richtig, dass Migrationse Eltern nicht oder wenig an der Bildung und der Ausbildung ihrer Kinder interessiert sind, nachgewiesen sind vielmehr hohe Bildungs- und Berufsziele.
- Die Eltern sind nicht ausschließlich oder in erster Linie an dem schulischen und beruflichen Erfolg der Jungen interessiert, vielmehr sind ihre Bildungsvorstellungen auf beide Geschlechter ausgerichtet.
- Es ist ebenfalls nicht richtig, dass die Familie den Kindern bei schulischen Problemen nicht helfen will, vielmehr bemüht sie sich um Unterstützung, aber längst nicht immer findet sie die richtigen Formen.

Dennoch fehlt es (wahrscheinlich) an einem: In den Familien ein Lernmilieu zu schaffen, das die Schullaufbahn der Kinder unterstützt und fördert.

Stärker als je zuvor sind die Migrationsfamilien auf eine Zukunft in Deutschland ausgerichtet. Die „Rückkehrorientierung“, die lange Zeit das Leben der Arbeitsmigrantenfamilien bestimmte, hat ihre handlungsleitende Kraft verloren. Dabei darf allerdings nicht verkannt werden, dass unter Eindruck der gegenwärtigen öffentlichen Diskussionen die Auswanderungsbereitschaft, vor allem der qualifizierten Personen mit Migrationshintergrund, steigt.

Es gibt nur wenige Untersuchungen zu dem Werteverständnis und der Werteerziehung in Migrationsfamilien. In vielen Wertebereichen besteht Übereinstimmung, wie in der Akzeptanz von Gesetz und Ordnung, individuelle Freiheit und das Erreichen eines beruflichen Erfolges. In manchen

Bereichen werden Begriffe mit anderem Inhalt verstanden, wie z.B. das Erziehungsziel Selbstständigkeit. Unterschiede bestehen (in der statistischen Verteilung) in den Werten Familialismus, die Bedeutung religiöser Werte und in den Einstellungen zur Sexualität (Sexualmoral und Geschlechtertrennung).

Krisensymptome: Gewalt in der Familie

Gewalt in Migrationsfamilien ist nach wie vor nicht hinreichend methodisch abgesichert untersucht. Die wenigen Untersuchungen sprechen dafür, dass Frauen – auch die einheimisch deutschen – ein hohes Maß an körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt erlebt haben, dass aber Frauen mit türkischem Migrationshintergrund deutlich häufiger Gewalt in der aktuellen Partnerschaft erfahren haben. Andere Studien sprechen zunächst für ein hohes Gewaltpotenzial in Migrantenfamilien, insbesondere solchen mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund. Ein kritischer Blick auf die Untersuchungs- und insbesondere Auswertungsmethoden im Hinblick auf die Kontrolle von Drittvariablen (z.B. soziale Schicht und Arbeitslosigkeit) ist nach wie vor notwendig. Es fehlt an methodisch tragfähigen Untersuchungen.

Ein ebenso öffentlich skandalisiertes Thema stellt die Frage der Zwangsheirat dar. Jede Beschäftigung mit Zwangsehen verlangt eine Abgrenzung von Zwangsheiraten, arrangierten Ehen und transnationalen Ehen unter Berücksichtigung des Graubereichs zwischen diesen drei Formen. Für keine der drei Heiratsmuster, die große Schnittmengen aufweisen, liegen belastbare Zahlen vor. Die Zahl (und die Qualität) der wissenschaftlichen Arbeiten zur Heiratsmigration sind nicht beachtlich, noch weniger lassen sich fundierte Aussagen zu den Ursachen, den Hintergründen und den Verlauf von Zwangsheiraten ermitteln. Bekannt ist, dass auch junge Männer betroffen sind und dass (vor allem) junge Frauen

mit Migrationshintergrund sich in Obhut begeben, weil sie aus familiären Notlagen heraus Unterstützung und Hilfe suchen, aber nicht in den Formen der stationären Jugendhilfe oder in Mädchenzufluchten oder Mädchenhäuser einmünden.

Beratung und Hilfen für Migrationsfamilien in Krisen

Es ist seit langem belegt, dass Migrationsfamilien von dem für Familien und Kinder bestehenden Versorgungssystem quantitativ und qualitativ weniger profitieren als einheimisch deutsche Familien und Kinder. Die Migrationskinder und -familien werden von den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe nicht hinreichend erreicht. Durch die Inanspruchnahmestatistiken wird ihre Unterrepräsentation in allen Formen der Beratung und Hilfen belegt. Dieses gilt für die Erziehungsberatung, für die Hilfen in familiären oder persönlichen Problemlagen, für die sozialpädagogische Familienhilfe sowie für Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses. Nicht belegt, aber angenommen werden kann auch eine geringere Inanspruchnahme von Hilfen bei Eheproblematik (z.B. Scheidungsmediation). Die Gründe sind bekannt; Änderungen müssten die Migrantenorganisationen, an die sich ein Teil der Familien wenden, in die Hilfeleistungen als gleichberechtigte Partner einbeziehen.

Problematisch wirken sich die unzureichenden Hilfen vor allem in extremen Krisensituationen wie bei Gewalt in der Familie und der Bedrohung durch Zwangsheirat aus. Bedenklich ist, dass von Gewalt bedrohte Frauen und Kinder mit Migrationshintergrund die Zufluchtsstätten oftmals nur kurzfristig in Anspruch nehmen.

In der Unterversorgung und dem sich in den letzten Monaten verstärkenden Rückzug der Migrationsfamilien liegen meines Erachtens die größten Probleme.

1 Ursula Boos-Nünning war von 1981 bis 2009 Professorin für Migrationspädagogik an der Universität Essen, heute Duisburg/Essen; Leitung zahlreicher Forschungsprojekte zu Migrationsfragen, insbesondere zur Situation von Kindern und Jugendlichen und ihrer Familien.